

Hauptausschuss

Protokoll Nr. HA/05/2026

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses
am 22.06.2026,**

Ahrensburg, Peter-Rantzau-Haus, Manfred-Samus-Sch-Str. 9, Saal

Beginn öffentlicher Teil der Sitzung: 19:30 Uhr

Ende öffentlicher Teil der Sitzung: 21:08 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Wolfdietrich Siller

Stadtverordnete/r

Herr Dr. Bernd Buchholz

Herr Stefan Gertz

Herr Marten Koop

ab 19.33 Uhr / Top 3

Herr Detlef Levenhagen

Frau Nadine Levenhagen

Herr Béla Randschau

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Finn Kessler

Kinder- und Jugendbeirat

Frau Emma Bley

Kinder- und Jugendbeirat

Herr Arthur Klaus Korte

CDU-Fraktion

Herr Dr. Detlef Steuer

WAB-Fraktion

Herr Benjamin Stukenberg

Bürgermeister

Verwaltung

Herr Eckart Boege

Bürgermeister

Herr Marcel Grindel

FBL I

Herr Stephan Lentz

FBL II

Frau Angelika Andres

IV.SE

Frau Julia Brötzmann

I.1.1

Frau Peggy Ehrig

II.2.2

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung
5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. HA/04/2026 vom 18.05.2026
6. Nachfragen der Selbstverwaltung zu Berichten der Verwaltung
7. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 7.1. Berichte gem. § 45 c GO
 - 7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 7.2.1. Allgemeiner Bericht
 - 7.2.2. Städtepartnerschaften
 - 7.2.3. Aktionstag "Kommunen am Limit"
8. Vorbereitung der Stadtverordnetenversammlung am 29.06.2026
9. Konzept der Stadt Ahrensburg für die Förderung von Kontakten im Rahmen der Städtepartnerschaften **2026/049**
10. Strukturdatenbericht 2024 **2025/118/1**
11. Strukturdatenbericht - Beschlussfassung über Berichtsbereich, Berichtsfrequenz und Berichtsempfänger **2026/011**
12. Standort Oktoberfest 2026 **2026/048**
Abweichung vom Grundsatzbeschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 27.01.2025 (Beschlussvorlage 2024/108) und Antrag AN/085/2025 (Stadtverordnetenversammlung Sitzung vom 24.11.2025, STV/09/2025)
13. Antrag auf Bezuschussung des Oktoberfestes 2026 **2026/052**

14. Anfragen, Anregungen, Hinweise

14.1. Haushaltsmittel

Öffentlicher Teil

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende des Hauptausschusses, Herr Siller von der CDU-Fraktion, begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Vorsitzender Siller stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Ausschussmitglied Koop von der CDU-Fraktion nimmt ab 19:33 Uhr an der Sitzung teil.

3. Einwohnerfragestunde

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Namen von Einwohnenden, die in der Sitzung Fragen stellen oder sich zu Wort melden, in der Niederschrift erfasst werden. Die Niederschrift wird anschließend im Internet (Rats- und Bürgerinformationssystem der Stadt Ahrensburg) veröffentlicht. Er erklärt, dass gegen die Veröffentlichung des Namens unmittelbar bei der Wortmeldung im Rahmen des Tagesordnungspunktes „Einwohnerfragestunde“ Widerspruch eingelegt werden kann.

Herr Götz Westphal vom Stadtforum führt aus, dass die Veranstaltung des Oktoberfestes nicht für Zwietracht sorgen soll. Er erläutert, dass es für das Stadtforum als Veranstalter keinen Sinn mache, die Veranstaltung auf dem provisorischen Parkplatz durchzuführen. Hintergrund sei, dass dieser Parkplatz ohnehin nur in 2026 zur Verfügung stünde und nicht auch in den kommenden Jahren. Es wäre nicht wirtschaftlich die Bürger*innen umzugewöhnen, daher würde das Stadtforum die Veranstaltung gerne in der Großen Straße für den Zeitraum von 14-Tagen durchführen. Sollte dies in der Großen Straße nicht möglich sein, dann gehe es in diesem Jahr schlichtweg nicht.

Bürgermeister Boege erklärt, dass er auf diese Wende nicht vorbereitet gewesen sei. Er erläutert, dass das Oktoberfest in der Großen Straße für den geplanten Zeitraum verkehrsrechtlich nicht vertretbar und die Veranstaltung entsprechend nicht genehmigungsfähig sei. Hierbei handele es sich auch nicht um eine Selbstverwaltungsaufgabe und somit um keinen politischen Beschluss.

Ausschussmitglied Randschau von der SPD-Fraktion beantragt, dass man die Vertreter des Stadtforums zum Tagesordnungspunkt 12 „Standort Oktoberfest 2026“ als sachkundige Bürger*innen zulässt.

Der Vorsitzende lässt über diesen Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

7	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

Weitere Anfragen bzw. Anregungen von Einwohnerinnen und Einwohnern werden nicht gestellt.

4. Festsetzung der Tagesordnung

Die Nichtöffentlichkeit für die Tagesordnungspunkte 15 „Nachfragen der Selbstverwaltung zu Berichten der Verwaltung“, 16 „Berichte/ Mitteilungen des Bürgermeisters“, 17 „Beteiligungsangelegenheit“ und 18 „Anfragen, Anregungen, Hinweise“ wird durch Vorsitzenden Siller begründet.

Ausschussmitglied Gertz von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN führt aus, dass seine Fraktion zum Tagesordnungspunkt 12 „Standort Oktoberfest 2026“ im Bau- und Planungsausschuss Beratungsbedarf angemeldet habe. Sie melden entsprechend auch für die heutige Hauptausschusssitzung Beratungsbedarf an und sprechen sich für eine Entscheidung in der Stadtverordnetenversammlung aus. Es wird beantragt, die Vorlage 2026/048 heute lediglich zu beraten, aber nicht zu beschließen.

Vorsitzender Siller lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

6	dafür (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, CDU, SPD, WAB)
/	dagegen
1	Enthaltung(en) (FDP)

Vorsitzender Siller lässt über die Nichtöffentlichkeit der Tagesordnungspunkte 15 „Nachfragen der Selbstverwaltung zu Berichten der Verwaltung“, 16 „Berichte/ Mitteilungen des Bürgermeisters“, 17 „Beteiligungsangelegenheit“ und 18 „Anfragen, Anregungen, Hinweise“ abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

7	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

Die Ausschussmitglieder stimmen anschließend mit obengenannten Änderungen der mit Einladung vom 08.06.2026 versandten Tagesordnung zu.

Abstimmungsergebnis:

7	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. HA/04/2026 vom 18.05.2026

Einwände gegen die Niederschrift Nr. HA/04/2026 vom 18.05.2026 bestehen nicht.

6. Nachfragen der Selbstverwaltung zu Berichten der Verwaltung

Es werden keine Nachfragen der Selbstverwaltung zu öffentlichen Berichten der Verwaltung gestellt.

7. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
7.1. Berichte gem. § 45 c GO
7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
7.2.1. Allgemeiner Bericht

FBL I (Herr Grindel) stellt den allgemeinen Bericht vor. Der allgemeine Bericht wird dem Protokoll als **Anlage** beigelegt.

Die Übersicht zum Besetzungs- und Ausschreibungsverfahren wird dem Protokoll als **nicht öffentliche Anlage** beigelegt.

Bürgermeister Boege gibt bekannt, dass die Fachbereichsleitung III die Stadt Ahrensburg zum 30.09.2026 verlassen wird. Er gibt weiterhin bekannt, dass die Fachbereichsleitung II zum 01.09.2026 zum neuen Dienstherrn wechseln wird.

Vorsitzender Siller von der CDU-Fraktion fragt, ob die Fachbereichsleitung III bereits in den aufgeführten 9 Vakanzen enthalten sei. FBL I (Herr Grindel) verneint dies. Er erläutert auf Nachfrage, dass es sich bei den absehbaren Vakanzen beispielsweise um die Fachdienstleitungen für die Bereiche Verkehr und Bauaufsicht handelt. Grundsätzlich seien es absehbare Vakanzen aufgrund bereits erfolgter Kündigungen oder anstehendem Ruhestand.

Ausschussmitglied Randschau von der SPD-Fraktion fragt, wann die Ausschreibung für die Leitung der Bücherei erfolgen wird. FBL I (Herr Grindel) antwortet, dass die Ausschreibung bereits veröffentlicht worden sei.

7.2.2. Städtepartnerschaften

Bürgermeister Boege berichtet, dass er gemeinsam mit der Städtepartnerschaftsbeauftragten für Ludwigslust am dortigen Lindenfest teilgenommen habe. Am dortigen Programm habe die Stadt Ahrensburg mit einem Beitrag der Musicalschule teilgenommen sowie die Freiwillige Feuerwehr an der dortigen Blaulichtmeile. Weiterhin sei auch der Bürgerverein mit einem Bus zum Lindenfest gekommen. Das Werben für das Lindenfest in der Partnerstadt Ludwigslust sei somit erfolgreich gewesen.

Auf dem Ahrensburger Stadtfest habe die Partnerstadt Feldkirchen mit einem kulturellen Beitrag teilgenommen und auch hier sei der Austausch sehr gelungen.

Bürgermeister Stukenberg berichtet, dass er an den Hansetagen der Partnerstadt Viljandi teilgenommen habe.

7.2.3. Aktionstag "Kommunen am Limit"

Bürgermeister Boege informiert über seine heutige Teilnahme am Aktionstag „Kommunen am Limit“. Hierzu habe vor dem Kreistagsgebäude ein Fototermin stattgefunden. Es handelt sich dabei um eine bundesweite Initiative, die auf die dramatische Finanzlage von Städten, Landkreisen und Gemeinden aufmerksam macht und Bund sowie Länder zu sofortigem Handeln auffordert.

8. Vorbereitung der Stadtverordnetenversammlung am 29.06.2026

Bürgervorsteher Stukenberg erläutert die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am 27.04.2026.

Ausschussmitglied Randschau von der SPD-Fraktion führt aus, dass in der Sitzung des Bau- und Planungsausschusses zum Tagesordnungspunkt 12 „Großräumige Installation von semitransparenten Lärmschutzwänden im Stadtgebiet von Ahrensburg“ der Stadtverordnetenversammlung keine Empfehlung abgegeben wurde. Der Umweltausschuss wolle die Vorlage 2026/051 ebenfalls behandeln. Es wurde besprochen, dass die Vorlage im August erneut in den Ausschüssen (UA und BPA) und anschließend erst in der Stadtverordnetenversammlung behandelt werden soll.

Ausschussmitglied N. Levenhagen von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN teilt mit, dass die kommende Stadtverordnetenversammlung die letzte von Stadtverordnetem Lasse Thieme sein wird. Man könne dort die Gelegenheit nutzen, um sich zu verabschieden.

9. Konzept der Stadt Ahrensburg für die Förderung von Kontakten im Rahmen der Städtepartnerschaften

Bürgermeister Boege hält einen Sachvortrag und erklärt, dass in das Konzept Änderungen aufgenommen und redaktionelle Anpassungen eingearbeitet worden sind. Vorsitzender Siller ergänzt, dass im Konzept auch Online-Konferenzen hinzugefügt wurden und die AG Städtepartnerschaften mit dem Konzept einverstanden sei.

Es ergeben sich keine weiteren Wortmeldungen.

Vorsitzender Siller verliest den Beschlussvorschlag und lässt anschließend darüber abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der aktualisierten anliegenden Fassung des Konzeptes der Stadt Ahrensburg für die Förderung von Kontakten im Rahmen der Städtepartnerschaften wird zugestimmt

Abstimmungsergebnis:

7	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

10. Strukturdatenbericht 2024

Frau Andres (IV.SE) stellt den Strukturdatenbericht 2024, in Form einer zusammengefassten Präsentation, vor. Die Präsentation wird dem Protokoll als **Anlage** beigelegt.

Die Ausschussmitglieder stellen Verständnisfragen, welche beantwortet werden.

Ausschussmitglied Dr. Buchholz von der FDP-Fraktion fragt zu Seite 13 der Präsentation, ob es tatsächlich so sei, dass trotz sinkender Gewerbesteueranmeldungen die Zahl der Sozialversicherungspflichtigen steige.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Entwicklung der Gewerbemeldungen, der Gewerbesteuereinnahmen und der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung bildet unterschiedliche Sachverhalte ab und ist daher nicht unmittelbar miteinander vergleichbar. Ein Rückgang der Gewerbemeldungen bedeutet nicht zwangsläufig einen Rückgang der Beschäftigung. Die Beschäftigtenzahlen werden insbesondere von der Entwicklung bestehender Unternehmen sowie der Branchenstruktur beeinflusst. In Ahrensburg zeigt sich ein Strukturwandel mit einer weiterhin stabilen Beschäftigungsentwicklung insbesondere in den Bereichen Dienstleistungen, IT und mittelständische Unternehmen. Daher kann die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten trotz rückläufiger Gewerbemeldungen leicht ansteigen.

Bürgermeister Stukenberg geht darauf ein, dass man ab 35.000 Einwohner eine größere Stadtverordnetenversammlung habe und von dieser Einwohnerzahl nicht mehr weit entfernt sei. Er fragt, ob man zur nächsten Kommunalwahl in 2028 von 31 oder 35 Stadtverordneten ausgehe.

Ausschussmitglied Dr. Buchholz von der FDP-Fraktion merkt an, dass eine Änderung des Gemeindekreislwahlgesetzes in Bezug auf die Größe der Gemeindevertretungen vorgesehen sei.

Anmerkung der Verwaltung:

Gem. § 8 Gemeinde- und Kreislwahlgesetz (GKWG) gilt bei bis zu 35.000 Einwohnern eine Gemeindevertretung mit 31 Stadtverordneten und ab 35.000 Einwohner eine Gemeindevertretung mit 35 Stadtverordneten.

Für die Festlegung der Anzahl der zu wählenden Vertreterinnen und Vertreter und der zu bildenden Wahlkreise ist die vom Statistischen Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein nach dem Stand vom 31. Dezember des dritten Jahres vor der Wahl fortgeschriebene Bevölkerungszahl maßgebend.

Das Statistikamt hat bisher nur die Zahlen per 31.12.2024 veröffentlicht. Für den 31.12.2025 liegen noch keine Zahlen vor.

Vorsitzender Siller merkt an, dass man im Finanzausschuss eine Aufstellung angefordert habe bezüglich der Gewerbeanmeldungen bzw. Gewerbesteuerzahler.

Die Ausschussmitglieder haben den Strukturdatenbericht 2024 mit der Vorlage 2025/118/1 einvernehmlich zur Kenntnis genommen.

11. Strukturdatenbericht - Beschlussfassung über Berichtsbereich, Berichtsfrequenz und Berichtsempfänger

Ausschussmitglied Randschau von der SPD-Fraktion führt aus, dass aus seiner Sicht ein Berichtszeitraum von 4 Jahren für den umfangreichen Strukturdatenbericht nicht ausreichend sei. Er schlägt vor, den Beschlussvorschlag auf 2 Jahre anzupassen.

Ausschussmitglied Dr. Buchholz von der FDP-Fraktion kann dieses Ansinnen nachvollziehen, aber teilt es nicht. Er hält einen 4-Jahres-Rhythmus für ausreichend, weil ein kürzerer Zeitraum in Bezug auf den Erkenntniszuwachs nicht im Verhältnis zum Aufwand stehe.

Frau Andres (IV.SE) führt aus, in welchen Rhythmen andere Hochrechnungen wie z.B. vom Zensus, vom Statistisches Landesamt, den Pendlerbewegungen etc. vorliegen.

Ausschussmitglied D. Levenhagen von der WAB-Fraktion spricht sich ebenfalls für einen 4-Jahres-Rhythmus aus.

Ausschussmitglied Randschau von der SPD-Fraktion hält an seiner Meinung fest, dass er den reduzierten Bericht für nicht ausreichend aussagekräftig hält. Der umfangreiche Strukturdatenbericht könne bei einem 4-Jahres-Rhythmus nur 1x pro Wahlperiode diskutiert werden.

Vorsitzender Siller lässt über den nachfolgenden Antrag von Herrn Randschau von der SPD-Fraktion abstimmen.

Antrag:

Der erweiterte Strukturdatenbericht wird alle 2 Jahre spätestens im März/April des Folgejahres vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

1	dafür (SPD)
6	dagegen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, CDU, SPD, WAB, FDP)
/	Enthaltung(en)

Der Antrag wurde abgelehnt. Anschließend lässt Vorsitzender Siller über den Beschlussvorschlag der Vorlage 2026/011 abstimmen.

Beschlussvorschlag:

- Der Strukturdatenbericht wird künftig jährlich erstellt und spätestens im März/April des Folgejahres vorgelegt.
Folgende verbindliche Berichtsbereiche werden beibehalten:
Bevölkerungsentwicklung, Sozialwesen, Bauvorhaben,
Gewerbeentwicklung (siehe auch Vorlage 2018/114,

Strukturdatenbericht 2017, **Anlage 1)**

2. Der erweiterte Strukturdatenbericht wird alle 4 Jahre spätestens im März/April des Folgejahres vorgelegt. Die Inhalte des erweiterten Strukturdatenberichtes entsprechen dem Strukturdatenbericht 2024 (siehe Vorlage 2025/118/1) und sind über den jährlichen Strukturdatenbericht gem. Ziffer 1 des Beschlussvorschlages hinaus um folgende Berichtsbereiche erweitert: Räumliche Merkmale, Pendlerbewegungen, Geförderter Wohnraum, Pflegebedarfsplanung Kreis Stormarn, Bildungseinrichtungen Ahrensburger Schulen, Freiwillige Feuerwehr – Zahlen und Einsatzbilanz, Planen und Bauen, Wohnungsmarktprofil, Ausblick Ahrensburg im Wandel, Bevölkerungsprognose.
3. Berichtsempfänger bleibt der Hauptausschuss.

Abstimmungsergebnis:

6	dafür (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, CDU, SPD, WAB, FDP)
1	dagegen (SPD)
/	Enthaltung(en)

12. Standort Oktoberfest 2026**Abweichung vom Grundsatzbeschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 27.01.2025 (Beschlussvorlage 2024/108) und Antrag AN/085/2025 (Stadtverordnetenversammlung Sitzung vom 24.11.2025, STV/09/2025)**

Ausschussmitglied Dr. Buchholz von der FDP-Fraktion zeigt Unverständnis darüber, dass das Oktoberfest aufgrund der Verkehrslage nicht in der Großen Straße stattfinden könne. Er sagt, dass der Verkehr von Norden über Woldenhorn oder unten rausgeführt werde. Die Große Straße spiele hierbei keine Rolle. Er bittet um Erklärung, warum es aus verkehrsrechtlicher Sicht nicht möglich sei.

Weiterhin empfindet er es als besser, das Oktoberfest einmalig auf dem provisorischen Parkplatz stattfinden zu lassen statt gar nicht.

FBL II (Herr Lentz) führt aus, dass der FD II.3 (Verkehrsaufsicht) über Ausnahmen entscheiden müsse und diese verhältnismäßig sein sollen. Speziell nach dem Stadtfest habe man für eine Veranstaltung von 14-tägiger Dauer ein zu erwartendes verkehrliches Problem gesehen. Die Sperrung der Großen Straße habe auch Auswirkungen auf den ÖPNV, weil der Bus auf die Manfred-Samusch-Straße umgeleitet werden müsste. Insgesamt sei der Gesamtzusammenhang inkl. der Verkehrssicherheit aus Sicht des FD II.3 ein nicht zu rechtfertigender Eingriff und daher nicht genehmigungsfähig.

Ausschussmitglied Dr. Buchholz von der FDP-Fraktion sagt, dass eine Sperrung der Großen Straße nicht kausal als Grund für Unfälle im Stadtgebiet angenommen werden könne. Er fragt das Stadtforum, ob es nicht besser sei, das Oktoberfest einmalig auf dem prov. Parkplatz durchzuführen als es gar nicht zu veranstalten. Er hält den jährlich wiederkehrenden Effekt für wichtiger als den Standort. Er fragt direkt, ob das Stadtforum die Veranstaltung trotz der Einmaligkeit auf dem prov. Parkplatz durchführen würde.

Die Vertreter des Stadtforums erklären, dass eine Umgewöhnung immer Verluste bedeute. Weiterhin seien die Strom- und Wasseranschlüsse nicht wie in der Großen Straße vorhanden. Das Stadtforum denkt, dass sich die notwendigen Investitionen nicht tragen werden. Zudem würden auch Begleiter des Oktoberfestes wie z.B. Karusselle entfallen. In Abwägung dieser Prognosen von höherem Investitionsbedarf und zu erwartenden Verlusten sei das Fest mit lediglich 2 Festabenden (der Feiertag fällt auf einen Samstag) nicht wirtschaftlich.

Das Stadtforum ergänzt, dass es bei der Standortsuche nicht davon ausgegangen war, dass es sich beim Standort prov. Parkplatz nur um eine einmalige Möglichkeit handle. Dadurch sei dieser Standort unattraktiv und zudem zu aufwendig geworden.

Ausschussmitglied Randschau von der SPD-Fraktion führt aus, dass seine Fraktion aufgrund der Einmaligkeit den Standort prov. Parkplatz auch nicht als optimal angesehen habe. Er verweist darauf, dass die Große Straße extra als Veranstaltungsfläche mit entsprechenden Strom- und Wasseranschlüssen

hergestellt wurde. Aus Sicht der SPD-Fraktion sollte das Oktoberfest in der Großen Straße stattfinden können, auch für einen 14-tägigen Zeitraum.

Das Stadtforum merkt an, dass das Oktoberfest eine gute Veranstaltung sei die man auch haben möchte, aber erst im Bau- und Planungsausschuss sei den Veranstaltern aufgrund der dortigen Diskussionen bewusstgeworden, dass der prov. Parkplatz nur einmalig in 2026 zur Verfügung gestellt werden könnte.

Bürgermeister Boege verweist auf die in der Vorlage enthaltene Stellungnahme der Verkehrsaufsicht. Er sagt, dass es eine klare, fachliche Empfehlung sei und die Veranstaltung für einen 14-tägigen Zeitraum in der aktuellen Verkehrssituation nicht genehmigungsfähig sei.

Ausschussmitglied D. Levenhagen von der WAB-Fraktion spricht sich ebenfalls für ein Oktoberfest in der Großen Straße aus. Er impliziert, dass bei dieser Begründung der Verwaltung auch in den Folgejahren ein Oktoberfest in der Großen Straße für zwei aufeinanderfolgende Festwochenenden nicht möglich sei.

Bürgermeister Boege widerspricht, weil die Verkehrssituation speziell in 2026 problematisch sei. Er führt weiter aus, dass die Grandflächen der Großen Straße als eigentliche Veranstaltungsfläche vorgesehen seien. Die Straße selbst sei ein Verkehrsraum, welcher der Öffentlichkeit für einen erheblichen Zeitraum entzogen werde und dies sei, bei der aktuell herrschenden Verkehrslage, nicht hinnehmbar.

Ausschussmitglied Dr. Buchholz von der FDP-Fraktion stellt klar, dass die 14-tägige Veranstaltung des Oktoberfestes laut Verwaltung in 2026 aufgrund der Trog-Sanierung nicht durchführbar sei.

Das Stadtforum zieht den Antrag für die Durchführung des Oktoberfestes auf dem prov. Parkplatz offiziell zurück.

Ausschussmitglied Dr. Buchholz von der FDP-Fraktion fragt, ob das Stadtforum noch einen Antrag für die Durchführung des Oktoberfestes in der Großen Straße stellen wird.

Das Stadtforum verneint dies.

Vorsitzender Siller stellt fest, dass somit die weiteren Beratungen und Beschlussfassungen zu den Tagesordnungspunkten 12 und 13 obsolet sind und beendet die Beratungen.

13. Antrag auf Bezuschussung des Oktoberfestes 2026

- zurückgezogen –

Siehe Tagesordnungspunkt 12 „Standort Oktoberfest 2026“.

14. Anfragen, Anregungen, Hinweise

14.1. Haushaltsmittel

Vorsitzender Siller von der CDU-Fraktion fragt, ob seitens der Verwaltung auf Vorlagen zur Bereitstellung von Haushaltsmitteln für freiwillige Leistungen verzichtet werden kann. Als Beispiele führt er die Vorlagen zur Bereitstellung von Geldern für den CSD oder die Namensänderung einer Schule an. Er fragt weiter, ob noch weitere Vorlagen dieser Art zu erwarten seien.

Bürgermeister Boege antwortet, dass es schwierig sei auf solche Vorlagen zu verzichten und dies eine Aushebelung der kommunalen Arbeit bedeuten würde. Er erläutert, dass man laut Städteverband einen grundgesetzlichen Anspruch auf eine „freie Spitze“ habe. Bezogen auf die Namensänderung der Schule betont er, dass er persönlich den Beschluss sehr bedauerlich finde und hinter der Namensänderung ein Konzept stecke. Er geht darauf ein, dass er verstehen könne, dass sich die Fraktionen unter Druck gesetzt fühlen, entsprechende Vorlagen abzulehnen. Er schlägt vor, dass man nach der Sommerpause eine Richtlinie erarbeite, wie man mit solchen Vorlagen umgehen könne.

Vorsitzender Siller schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:08 Uhr.

gez. Wolfdietrich Siller
Vorsitzender

gez. Peggy Ehrig
Protokollführerin